

Budgetrede

des Landesfinanzreferenten LH-Stv. Mag. Wolfgang Sobotka



Haushaltsvoranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2014



Rede zum Budget 2014

Finanzreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka

Hoher Landtag!

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Sehr geehrter Herr Präsident!

Werte Regierungskolleginnen und Regierungskollegen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ursprünglich wollte ich diese Rede zum Budget für das Jahr 2014 anders beginnen, aber das Hochwasser zu Monatsbeginn lässt sich nicht zur Seite schieben.

Die Bilder haben uns alle tief bewegt und getroffen. Zu deutlich sind auch noch die Erinnerungen an die Jahrhundertflut von 2002, deren Folgen wir lange im Budget gespürt haben. Niemand hätte gedacht, dass so schnell ein weiteres Jahrhundert-Hochwasser durch unser Land zieht. Wieder Wassermassen ohne Ende, wieder die steigenden Pegelstände und die unausweichlichen Schicksale der Betroffenen. Wieder Zerstörung, Verwüstung, Leid. Viele der Betroffenen – und auch der Helfer - haben das nicht zum ersten Mal erlebt. Doch der mobile Hochwasserschutz in der Wachau hat auch viel verhindert, hat Ortschaften geschützt, die vor elf Jahren noch überflutet waren.

Aber genauso überwältigend wie die unerbittlichen Wassermassen war der Einsatz der tausenden Freiwilligen. Über 26.000 Mitglieder der Freiwilligen

Feuerwehren haben allein in den ersten sieben Tagen bis zur Erschöpfung gearbeitet, Keller ausgepumpt, Dämme gesichert, Schlamm beseitigt – unschätzbare Arbeit zum Schutz und zur Hilfe für die Bevölkerung. 13.000 Manntage an Unterstützung leisteten im gleichen Zeitraum vor allem Rekruten des österreichischen Bundesheeres. Zahlreiche Freiwillige, vom Roten Kreuz, dem Samariterbund über den Zivilschutzverband und die Berg- und Wasserrettung bis hin zum Team Österreich, haben ihre Freizeit, ihren Urlaub, ihre Wochenenden zur Verfügung gestellt um zu helfen.

Und nicht zuletzt haben unglaublich viele Menschen ihre Brieftaschen geöffnet und für die Opfer gespendet. Firmen haben LKW-Ladungen an Hilfsgütern bereitgestellt. Eine Welle der Solidarität folgte und folgt der Flutwelle – eine Welle der Menschlichkeit, des Mitgefühls und des ganz praktischen Helfens.

Wir können stolz sein auf diese Menschen in unserem Land. Niederösterreich – eine Familie – das wird gerade bei solchen Anlässen offensichtlich.

Man kann es nicht oft genug sagen: Danke!

Was wir als Landesregierung tun konnten, haben wir getan, das heißt rasch zu helfen. Denn wer schnell hilft, hilft bekanntlich doppelt. Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll hat unverzüglich die Einsetzung eines Krisenstabes angeordnet und war gemeinsam mit Landesrat Dr. Stephan Pernkopf fast rund um die Uhr bei den Menschen in den betroffenen Regionen.

Zehn Millionen Euro stehen kurzfristig an Soforthilfe bereit, die ersten Gelder wurden bereits ausbezahlt. Und wir haben – wie schon 2002 – gemeinsam mit dem AMS Niederösterreich Hilfskräfte für die Gemeinden entlang der Donau für die nächsten zwei Monate bereitgestellt.

Noch ist nicht absehbar, wie hoch die Schäden schlussendlich sein werden, doch es dürfte in Summe ein deutlich geringerer Gesamtschaden als 2002 sein.

Trotzdem werden weitere Mittel aus dem Landeshaushalt notwendig sein. Gott sei Dank haben sich die Maßnahmen für den Hochwasserschutz, in die das Land Niederösterreich seit 2002 rund 570 Millionen Euro investiert haben, etwa 60 Millionen pro Jahr, bewährt. Diese Investitionen machen sich zweifach bezahlt: Viele Menschen mussten heuer weniger zittern, viele blieben verschont von Wasser und Schlamm! Ermutigend waren die Bilder vom Hochwasserschutz, der hält. Viel haben wir schon geschafft. Die ausgereifte Technik hat sich bewährt.

Und ich kann Ihnen versprechen, wir investieren auch weiter in den Hochwasserschutz, in Rückhalteeinrichtungen, Überflutungsräume und mobile Schutzwände. Das Sonderfinanzierungsprogramm 2006 – 2016 läuft weiter. Die 15a-Vereinbarung mit dem Verkehrsministerium für den Hochwasserschutz an der NÖ Donau läuft noch bis 2023 mit Gesamtinvestitionen von rund 340 Millionen Euro. In Verhandlungen mit dem Bund hat Landeshauptmann Dr. Pröll erreicht, dass viele Projekte vorgezogen werden können.

Zusätzlich ist aber auch die EU gefordert! Landeshauptmann Dr. Pröll hat beim Europaforum Wachau betont, dass wir ein Europa brauchen, das seinen Menschen zur Seite steht wenn es sinnvoll und notwendig ist. Zum einen durch die Hilfe der EU bei Hochwasser-Schäden, zum anderen aber vor allem bei der künftigen Finanzierung des grenzüberschreitenden Hochwasserschutzes entlang der Donau. Melk zum Beispiel ist dann genauso geschützt wie viele andere Ortschaften in der Wachau. Schlussendlich sollen schließlich alle geschützt sein.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hohes Haus!

Zehn Millionen Euro an Soforthilfe – wir können diese Summe so schnell aufbringen, und wir werden auch die weiteren Hilfgelder aufbringen können, weil wir immer mit ganz besonderer Vorsicht budgetieren und mit ebensolcher

Vorsicht und der dazugehörigen Konsequenz auch die Budgets einhalten. Dadurch schaffen wir Spielräume für Notfälle.

Wir haben sehr intensiv daran gearbeitet ein Budget zu erstellen, das ein Beleg dafür ist, dass wir zwar sparsam agieren, aber kraftvoll investieren. Dass wir das vorhandene Geld dort einsetzen, wo es unser Land nach vorne bringt.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hoher Landtag!

Grundlage einer sorgfältigen Budgeterstellung ist die Analyse des internationalen und nationalen Umfelds.

Seit einigen Jahren schon leben wir in einer spürbar unsicheren Welt. Die Bankenkrise in den USA und in der Folge die Schuldenkrisen in den Ländern Europas haben uns stark beeinflusst und uns letztlich auch hier in Niederösterreich zu eigenen Konjunkturpaketen genötigt, um unsere Bevölkerung vor Arbeitslosigkeit und die Wirtschaft vor unnötigem Niedergang zu schützen.

Politische Umbrüche im arabischen Frühling haben unsere Hoffnung auf eine bessere Welt genährt, doch Ägypten und Tunesien beispielsweise konnten sich bis heute nicht nachhaltig stabilisieren. Und immer noch ist Krieg in Syrien. Die Bilder von dort sind so verstörend, und trotzdem findet die EU keine gemeinsame Linie – das ist erschütternd. Was bringen die Unruhen in der Türkei noch mit sich außer den jetzt schon höheren Kreditkosten für das Land und den gesunkenen Börsenkursen?

Und wenn wir schon bei Demonstrationen sind: Auch Russland scheint sich wenig für eine Entwicklung in Richtung Demokratie, wie wir sie verstehen, zu interessieren – auch das wirkt beunruhigend.

Extreme politische Spannungen, ausgehend von Nordkorea, haben uns wochenlang mit Sorge nach Asien blicken lassen, ja sogar Angst vor dem Einsatz von Atomwaffen war zu spüren, und das nur gut zwei Jahre nach der Erdbeben- und Nuklearkatastrophe von Fukushima – die Welt hielt wieder einmal den Atem an. Der Korea-Konflikt entspannt sich. Doch andere Entwicklungen schrecken uns auf: katastrophale Arbeitsbedingungen in der Textilbranche zum Beispiel, die durch den Fabrikseinsturz in Bangladesch mit über 1.000 Toten sichtbar wurden, aber nur die Spitze eines Eisberges sind, gegen den es noch wenige Gegenstrategien gibt. Aber immerhin machen sich heute mehr Menschen über nachhaltigere Kleidung Gedanken.

Oder denken Sie an die Daten-Affäre in den USA – unvorstellbar, was sich diese Behörde herausnimmt, und das betrifft wirklich jeden von uns, der im Internet unterwegs ist. Die Welt hält scheinbar viele unschöne und gar beängstigende Überraschungen für uns bereit.

Das ist die Welt, in der wir leben und in der wir unseren Kurs für Niederösterreich festlegen.

Sehr geehrte Regierungsmitglieder!

Geschätzte Abgeordnete!

Wir verfolgen auch genau die finanziellen und politischen Krisen in den Ländern der Europäischen Union.

Dazu gehören erschreckende, ja geradezu unvorstellbare Arbeitslosenzahlen, die nicht sinken, nicht einmal stagnieren. Besonders erschreckend: Die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit, die eine ganze Generation aushöhlt und die Lebensperspektiven von Millionen junger Menschen völlig verändert – worauf können sie bauen, was dürfen sie hoffen, womit müssen sie rechnen? Es gibt noch viel zu wenige Projekte und Ideen, um all diese teilweise sehr gut

ausgebildeten Menschen mit Hoffnung zu versorgen – eine tickende Zeitbombe, deren Langzeitfolgen noch nicht einmal abzusehen sind.

Schaut man sich die Staatsverschuldung an, steigen die Zahlen für Spanien immer noch. Griechenlands Schulden haben sich auf sehr hohem Niveau eingebremst, und Irland, Italien sowie Portugal sind noch immer als Gefahrenherde einzuschätzen. Vor wenigen Tagen veröffentlichte das WIFO einen Bericht, in dem es die Konjunktur weltweit als „fragmentiert“ bezeichnete, Japan als derzeit stark wachsende Region hervorhob und die Konjunktursituation in den USA als „solide Erholung“ beschrieb.

Im Euro-Raum hinterlässt die Wirtschafts- und Finanzkrise tiefe Spuren, die Rezession hält laut WIFO weiter an, ausgehend von Spanien, Portugal, Italien, Griechenland und Zypern. Die Wirtschaft in Osteuropa zeigt sich durchwachsen, in Tschechien und Slowenien schrumpft sie, dafür wächst sie in Lettland und Litauen. In Deutschland, einem wichtige Exportland für uns, blieb die Wirtschaft zu Jahresbeginn schwach.

Das reale BIP wird im Euro-Raum heuer insgesamt bestenfalls stagnieren, sagen die Wirtschaftsforscher, und das ist nicht gerade ermutigend sondern bedeutet, dass wir uns noch mehr anstrengen müssen. Denn für das nächste Jahr ist laut Prognosen zwar mit einem leichten Aufschwung in den Euro-Ländern zu rechnen, das reale BIP wird im Durchschnitt um knapp 1,5% wachsen. Dieser Zuwachs reicht aber nicht aus, die gravierenden Probleme am Arbeitsmarkt zu lindern und die Arbeitslosigkeit zu senken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

kommen wir nun zu Österreich:

Die österreichische Wirtschaft behauptet sich in diesem schwierigen, internationalen Umfeld besser als die Wirtschaft anderer Staaten. Auch wenn die österreichische Wirtschaft in den letzten vier Quartalen stagnierte - das

reale BIP Österreichs wird heuer, nach der jüngsten Prognose des WIFO, um rund 1% steigen und im nächsten Jahr ist mit einem Zuwachs von 1,8% zu rechnen. Die österreichische Wirtschaft wächst damit sowohl heuer als auch 2014 stärker als jene des Euro-Raumes im Durchschnitt. Das Wachstum wird vor allem vom industriell-gewerblichen Bereich getragen. Aber auch der Tourismus leistet einen wichtigen Beitrag.

Was aber erzeugt Wachstum bei uns? Die Nachfrage wird von den Exporten geprägt, sagt das WIFO. Diese steigen im laufenden Jahr real um 3,8% und im nächsten Jahr um 6%. Der private Konsum entwickelt sich hingegen schwächer. Er wird real heuer nur um 0,6% und nach der WIFO-Prognose 2014 bloß um 0,9% zunehmen.

Verglichen mit anderen EU-Ländern entwickelt sich der Arbeitsmarkt in Österreich sehr gut. Der Zuwachs an Beschäftigung im Jahre 2013 von 0,7% und 2014 von 0,9% reicht trotzdem nicht ganz aus das Arbeitskräfteangebot vollständig aufzunehmen. Die Arbeitslosenquote (nach österreichischer Definition) liegt 2013 im Jahresdurchschnitt bei 7,4%. Sie liegt damit etwas höher als in den Vorjahren und wird sich im kommenden Jahr trotz höherem Wachstum nicht wesentlich ändern. Im EU Vergleich hat Österreich mit 4,9% im Mai 2013 die niedrigste Arbeitslosenquote.

Das gesamtwirtschaftliche Preisniveau (BIP-Deflator) wird heuer um 2% und im nächsten Jahr um 1,8% zunehmen. Das nominelle BIP, das für die Ausgaben und Einnahmen im niederösterreichischen Landeshaushalt maßgebend ist, wird daher 2013 um 3,0% und 2014 um 3,6% steigen. Der durchschnittliche Anstieg 2013/2014 entspricht dem langjährigen Durchschnitt. Niederösterreich kann so seine gute Position innerhalb der österreichischen Wirtschaft halten.

Das erwähnte überdurchschnittliche Wachstum des industriell-gewerblichen Sektors stützt diese Entwicklung, weil dieser Bereich in Niederösterreich sehr ausgeprägt ist. Nach den jüngsten Berechnungen des WIFO ist die Bruttowertschöpfung der NÖ Wirtschaft 2012 real mit 1,3% deutlich rascher gewachsen als jene der österreichischen Wirtschaft insgesamt (0,8%).

Lediglich das Burgenland und Vorarlberg wuchsen rascher als Niederösterreich. Niederösterreich hat damit seine starke Position behauptet, sagt uns das WIFO.

Sehr geehrte Abgeordnete!

Hoher Landtag!

Diese guten Zahlen und die erfolgreiche Positionierung Niederösterreichs kommen nicht von ungefähr. Seit Jahren verfolgen wir einen sehr strikten Budgetkurs.

Die Rating-Agentur Standard & Poor's spricht deshalb von „solider Haushaltsführung und einer nachhaltigen Finanzpolitik“. Und Moody's lässt uns wissen, dass wir als Land ein AAA verdienen, ein Triple-A. Dieses Rating ist der beste Beweis dafür, dass meine Kolleginnen und Kollegen in der NÖ Landesregierung all das gut und ernsthaft umgesetzt haben, was wir im NÖ Landtag 2011 beschlossen haben, dass unser Budgetpfad einfach stimmt. 2016 müssen und werden wir so ein Null-Defizit erreichen.

Das schaffen wir aber nur, wenn wir auch im kommenden Jahr 2014 auf unserem sehr strukturierten Pfad bleiben. Den haben wir in der Vergangenheit strikt eingehalten und damit unsere Verpflichtungen dem Bund und der EU gegenüber stets erfüllt. Und wir werden das auch in Zukunft tun.

Was ich allerdings schon betonen möchte, ist, dass diese Verpflichtung auch umgekehrt gelten muss. Denn der Bund verfügt über zwei Drittel der Ertragsanteile, während die Länder und Gemeinden sich nur ein Drittel der Ertragsanteile teilen. Trotzdem verursacht der Bund 88% der Schulden. Das sind 230 Milliarden Euro – und das ohne ASFINAG und ÖBB. Und Länder und Gemeinden haben gemeinsam nur zwölf Prozent der Gesamtschulden. Sie sehen daran sehr genau, dass nicht die Länder die Schuldentreiber in diesem Gefüge sind!

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Sehr geehrter Herr Präsident!

Werte Regierungskolleginnen und Regierungskollegen!

Sehr geehrte Abgeordnete!

Das Ihnen nun vorliegende Budget 2014 ist in Zahlen gegossene Politik. Wir orientieren uns bei der Budgetplanung an den Grundsätzen der Sparsamkeit, der Effizienz und der Nachhaltigkeit. Wir haben in sämtlichen Ressorts Ausgabe für Ausgabe genau durchleuchtet und hinterfragt. Wir haben jeden einzelnen Antrag, jeden einzelnen Budgetposten abgeklopft: Ist er maßvoll? Ist er sinnvoll? Hat er Potenzial? Bringt er Perspektiven? Gibt es Doppelgeleisigkeiten? Aber vor allem: Ist er Ziel führend für unsere Zukunft?

Denn um es mit dem Zukunftsforschers Robert Jungk zu sagen: „Die Welt kann verändert werden. Zukunft ist kein Schicksal.“ Oder wie der SPD-Politiker Willy Brandt: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“

Deshalb haben wir sehr intensiv gearbeitet, um mit diesem Budget die Zukunft zu gestalten, in die Zukunft zu investieren. Die nötige Flexibilität gibt uns die Chance, auf temporäre Ereignisse zu reagieren und mit den passenden Investments die Wirtschaftsentwicklung zu begleiten. Dieser Budgetkurs unterstützt die Lebensqualität in Niederösterreich und stärkt die Individualität des Landes!

Wir geben Jahr für Jahr fast 50 Prozent unseres Landesbudgets für Soziales und Gesundheit aus. Wir investieren in Arbeitsmarkt und Wirtschaft, in Unterricht, Erziehung und Sport, in Kunst und Kultur, in Sicherheit, den öffentlichen Verkehr und den Straßenbau, in Tourismus, Umwelt und Landwirtschaft. Jeder dieser Bereiche liegt uns am Herzen und wir wissen sehr genau, was das Geld dafür im Land bewirkt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Für Wirtschaftswissenschaftler sind es vier Faktoren, die die Zukunftsfähigkeit und die erfolgreiche Entwicklung eines Landes wesentlich beeinflussen: Eine effiziente Verwaltung, ein gut aufgestelltes Bildungssystem, Rahmenbedingungen die Forschung und Wissenschaft fördern, und Maßnahmen, die den Arbeitsmarkt stärken und ausbauen.

Schauen wir uns diesbezüglich die Situation in Niederösterreich an:

Erstens, eine schlanke Verwaltung:

Wir haben bereits in den vergangenen zehn Jahren 1.350 Dienstposten in der Verwaltung eingespart. Nach der Landtagswahl 2013 hat Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll nun ein weiteres großes Projekt in Auftrag gegeben: Derzeit wird die Struktur aller Regionalverbände durchleuchtet. Denn es gibt aktuell rund 100 Organisationseinheiten, über die Regionalinitiativen abgewickelt werden. Das bedeutet, dass sich Leistungsangebote überschneiden und Zugänge zu Fördertöpfen unübersichtlich sind. Das auf neue Beine zu stellen, klar und transparent, und damit Kosten zu sparen, das ist der Auftrag!

Sehr geehrte Damen und Herren,

hohes Haus!

Der zweite Bereich ist die Bildung: Wir brauchen best ausgebildete Menschen, damit unser Land weiterblühen kann, und wir brauchen Innovationen, um auch langfristig hochwertige krisensichere Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Deshalb haben wir in unserer Landesregierung ein eigenes, umfassendes Bildungsressort geschaffen und in gute Hände gelegt.

Ein Ressort, in dem alle Verantwortlichkeiten vom Kindergarten bis zu den Fachhochschulen zusammenlaufen, wo genau geschaut wird, was Kinder,

Jugendliche und junge Erwachsene in den Bildungseinrichtungen brauchen, um schlussendlich den eigenen, passenden Weg zu finden. Dass wir mit dieser Politik schlussendlich auf dem richtigen Weg sind zeigen unsere tertiären Bildungseinrichtungen: Um die Jahrtausendwende hatten wir in Niederösterreich 3.900 Studierende, im letzten Wintersemester waren es über 17.000.

Diese stringente Bildungspolitik ist die Grundlage für die niederösterreichische Wissenschafts- und Forschungsstrategie, der dritte notwendige Bereich für die positive Entwicklung unseres Landes. Erinnern Sie sich an die Regierungserklärung unseres Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, die er hier, in diesem Haus, am 24. April 2013 gehalten hat.

Er hat es klar formuliert: Niederösterreich muss Heimat für Talente sein, und das Land der Patente! Er hat uns aufgetragen, Niederösterreich zum kreativen Gewächshaus Europas zu machen „wo Ideen wachsen, wo Wissen reift, wo Forschung gedeiht – und wo alle auf die Schlaunen schauen“. Ja, das ist unser Ziel, meine sehr geehrten Damen und Herren! Daran orientiert sich unser Weg.

Wir arbeiten sehr gezielt an den Wissenschaftsachsen im Land mit den Standorten Wiener Neustadt und Krems, St. Pölten, Klosterneuburg, Wieselburg und Tulln. Deshalb entstehen mit dem Krebsbehandlungs- und Strahlenforschungszentrum MedAustron in Wiener Neustadt und der Karl Landsteiner-Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften in Krems zwei starke Treiber im Gesundheitswesen, die einerseits unsere Landeskliniken unterstützen und andererseits neues Wissen generieren werden. Beide Einrichtungen bieten exzellente Forschungs- und Arbeitsplätze für best ausgebildete Menschen. Deshalb gibt es im Institute of Science and Technology Austria, dem ISTA in Gugging bei Klosterneuburg, schon bald ein drittes Laborgebäude. Jetzt schon arbeiten auf diesem Campus 200 Forscherinnen und Forscher. Mit Abschluss der Entwicklungsphase 2015 werden rund 45 Forschungsgruppen mit etwa 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf dem Campus in Klosterneuburg tätig sein, und bis 2026 hoffen wir auf doppelt so viele.

Das sind beeindruckende Perspektiven, und wir dürfen zu Recht neugierig sein auf diese Entwicklungen und was sie für Niederösterreich bedeuten. Unser Ziel ist es, in den kommenden zehn Jahren die Zahl der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und der Forscherinnen und Forscher im ganzen Land an allen Einrichtungen und Standorten von derzeit 7.000 auf 14.000 zu verdoppeln.

Das Ziel ist ganz klar: Wir wollen als Wissensstandort und damit Wirtschaftsstandort noch stärker werden. Wir wollen mit den Früchten der Arbeit dieser Experten viele zusätzliche Arbeitsplätze ins Land holen und Menschen eine sichere Zukunft bieten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

kommen wir zum vierten und letzten Faktor, dem Arbeitsmarkt.

Arbeit bedeutet im Leben der Menschen nicht nur Lohn und Brot. Der Autobauer Henry Ford meinte sogar, „Arbeit gibt uns viel mehr als den Lebensunterhalt, sie gibt uns das Leben“.

Denn das ist Arbeit im besten Fall: Sinn stiftend, erfüllend, befriedigend. Etwas, das den eigenen Interessen entspricht und wo es etwas zu tun gibt, was wertvoll ist für die Gesellschaft. Arbeit ist aber auch ein Menschenrecht, ob das Lohnarbeit, selbst gewählte Selbstständigkeit, Familienarbeit oder ehrenamtliche Arbeit ist. Oder, wie Thomas Mann sagte: „Arbeit ist schwer, ist oft genug ein freudloses und mühseliges Stochern; aber n i c h t arbeiten - das ist die Hölle.“

Deshalb haben wir für Niederösterreich eine sehr klare Haltung zum Thema Arbeit: Erstens wollen wir möglichst viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglichst lang am Arbeitsmarkt und in Beschäftigung halten.

Dafür fördern wir Qualifizierungsmaßnahmen und haben die NÖ Bildungsförderung als wichtigen Baustein zur finanziellen Unterstützung für berufsspezifische Aus- und Weiterbildungen.

Die Lohnkurve soll in Zukunft flacher verlaufen, damit ältere Menschen im Unternehmen bleiben. Für sie müssen Unternehmen auch flexiblere Arbeitszeitmodelle einführen, Stichwort Altersteilzeit.

Ein wichtiger Baustein ist die betriebliche Gesundheitsförderung, damit möglichst viele Menschen in ihrem Job auch alt werden können und nicht vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Ziele sind die verbesserte Zusammenarbeit und Kommunikation, die Erhöhung der Mitarbeiter-Zufriedenheit, die Stärkung der Ressourcen zur Arbeitsbewältigung, höhere Flexibilität und Zukunftsfähigkeit sowie Stärkung der persönlichen Gesundheitsressourcen. Hier gibt es zahlreiche Hebel, damit wir unser Ziel verfolgen können.

Zweiter Schwerpunkt sind Jugendliche, die noch nicht in den Arbeitsmarkt integriert sind. Denn wir haben zum Glück eine sehr niedrige Jugendarbeitslosigkeit, aber da geht es wirklich um jeden einzelnen jungen Menschen. Wir haben das Ziel, Jugendliche bei der Ausbildungs- und Berufswahl zu begleiten und jedem jungen Menschen eine Chance auf einen guten Berufseinstieg zu geben. Bewährte Initiativen wie „Start up“ oder „Just“ werden wir daher fortsetzen.

Ich glaube an das, was Marie von Ebner-Eschenbach gesagt hat – und wünsche mir, dass wir das möglichst vielen jungen Menschen auch mitgeben können: „Wenn es einen Glauben gibt, der Berge versetzen kann, so ist es der Glaube an die eigene Kraft.“

Unser dritter Schwerpunkt liegt darin, jene, die aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden sind, am Weg zurück zu begleiten. Hier gibt es laufende Programme wie zum Beispiel die Initiative „Job 2000“ oder „Fairnetz“.

Der aktuelle Beschäftigungspakt läuft heuer aus. Mit 2014 wird ein neues Paket geschnürt, bei dem es genau um die bereits beschriebenen Schwerpunkte geht: Arbeitnehmer in Beschäftigung halten, Junge in den Arbeitsmarkt integrieren, ältere Arbeitnehmer und ihre Betriebe unterstützen

und Hilfe beim Wiedereinstieg. Alles in allem geht es bei rund 25 Prozent unserer Budgetmittel um das Thema Wirtschaft und Arbeit.

Denn eines ist klar: Wirtschaft und Arbeit sind zwei Bereiche, die untrennbar miteinander verbunden sind! Im Bereich Wirtschaft setzen wir auf unsere Wirtschaftsstrategie 2015: Unser erklärtes Ziel ist es, weiter zu wachsen, denn dafür gibt es genügend Potential. Auch wenn die Österreich-Zahlen in Sachen Wachstum derzeit stagnieren – in Niederösterreich liegen wir besser. Wir bündeln unsere Kräfte in den sechs Aktionsfeldern Innovation und Technologie, Qualifikation, Kooperation, Markterschließung und Internationalisierung sowie Nachhaltigkeit. Damit positionieren wir Niederösterreich als nachhaltigen attraktiven Wirtschaftsstandort und sichern insbesondere hochwertige Arbeitsplätze.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann,

werte Abgeordnete!

Vier Grundlagen für die erfolgreiche Entwicklung unseres Landes und eine Vielzahl von Schwerpunkten in den einzelnen Ressorts, von denen ich nur ein paar beispielhaft nennen möchte.

Im Rahmen der Wohnbauförderung reagieren wir mit den Schwerpunkten im Bereich „Junges Wohnen“ und „Betreutes Wohnen“ auf die besonderen Wohnbedürfnisse unserer Landsleute. Denn Wohnen ist ein soziales Grundrecht und damit zentraler Bestandteil unseres Lebens. Es darf aber nicht der am meisten belastende Bestandteil sein, sondern muss auch in Zukunft leistbar bleiben. Nur wenn unsere jüngere Generation auch beim Wohnen ansprechende Rahmenbedingungen vorfindet, wird sie in Niederösterreich bleiben.

Ein weiterer Schwerpunkt bleibt natürlich die Sicherheit in unserem Land, wo wir mit zahlreichen Maßnahmen wie der Übersiedelung des

Landeskriminalamtes insgesamt 600 zusätzliche Arbeitsplätze nach Niederösterreich gebracht haben. Oder die Einführung der Videoüberwachung auf den Autobahnen, durch die mehr als 400 Delikte aufgeklärt werden konnten.

Im Bereich Soziales sind es der Ausbau der Pflegeheime und die Forcierung der 24-Stunden-Betreuung.

In der Familienpolitik versuchen wir durch zahlreiche Investitionen in die Kinderbetreuung die Wahlfreiheit der Menschen zu erhöhen, damit Beruf und Familie besser vereinbar sind.

Wir werden weiterhin in den Ausbau unserer Klinikenstruktur investieren um den Menschen auch in Zukunft die beste Gesundheitsversorgung garantieren zu können.

Für unsere vielen Pendlerinnen und Pendler investieren wir auch im Jahr 2014 in Park & Ride Anlagen und kämpfen für eine Tarifreform, damit einfache und einheitliche Tarife in ganz Niederösterreich gelten.

Das Rekordergebnis bei den Nächtigungen in Niederösterreich spricht eine deutliche Sprache: 6,73 Millionen Nächtigungen konnten im Jahr 2012 verzeichnet werden. Mit Schwerpunkten im Bereich Bergtourismus und Kulinarik- und Weintourismus sollen es nächstes Jahr noch mehr werden.

Dabei hilft auch die Initiative „So schmeckt Niederösterreich“, die die köstlichen und gesunden Produkte unserer heimischen Bauern vermarktet.

Im Rahmen des Klimaenergieprogramms 2020 liegt der Schwerpunkt im nächsten Jahr bei der Forcierung der thermischen Sanierung und der Energieeffizienz in Betrieben.

Sie sehen, die niederösterreichische Politik ist vielfältig und sichert dadurch die hohe Lebensqualität in unserem Land auch in Zukunft ab.

Einem Thema möchte ich mich aber doch noch widmen: Dem Thema Kunst und Kultur. Das reicht von unseren Kulturregionen, den Musikschulen, den Museen, den Blasmusikkapellen und unseren Kreativakademien, bis hin zu unseren höchst professionellen Betrieben der NÖKU. Laut einer Studie werden durch unsere vielfältigen Kulturagenden jährlich 12.000 Arbeitsplätzen direkt oder indirekt gesichert oder geschaffen. Unsere Kulturförderung löst jährlich rund eine Milliarde Euro an direkten und indirekten Ausgaben in Niederösterreich aus. Ein in die Kultur investierter Euro bewirkt das Siebenfache an Ausgaben.

Die Kulturpolitik des Landes Niederösterreich, für die unser Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll steht, gibt nicht nur Identität und Profil, sondern ist auch ein Wirtschaftsfaktor.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Geschätzte Regierungsmitglieder!

Meine sehr geehrten Abgeordneten!

Kommen wir nun zu den Zahlen des Budgets 2014: Wir rechnen mit Einnahmen von 8,04 Milliarden Euro. Ihnen stehen veranschlagte Ausgaben von 7,89 Milliarden Euro gegenüber.

Wir halten uns damit strikt an unseren Budgetpfad: Wir reduzieren das strukturelle Defizit wie im Budgetprogramm vorgesehen um 50 Millionen Euro pro Jahr. Dadurch werden wir im Jahr 2016 das Ziel Nulldefizit schaffen. Und wir reduzieren unsere Schulden – dank der Veranlagung, zu der ich noch komme – um 150 Millionen Euro und werden Ende 2014 die 3 Milliarden-Grenze erreichen. 2011 betrug unsere Finanzschulden noch knapp vier Milliarden Euro. Wir reduzieren somit den Schuldenstand um fast eine Milliarde Euro! Damit sind wir das einzige Bundesland, das in Zeiten wie diesen Schulden tilgen kann. Wien erhöhte seine Schulden auf 4,34 Milliarden,

Kärnten gar auf 4,8 Milliarden Euro. Und in Salzburg wusste man lange überhaupt nicht, was Sache ist. Im Budget 2014 stehen den Finanzschulden des Landes Niederösterreich in der Höhe von knapp 3 Milliarden Euro Geldmittel in Höhe von mehr als 6 Milliarden Euro in Form von offenen Forderungen und der Veranlagung gegenüber. Dementsprechend hat jede Niederösterreicherin und jeder Niederösterreicher einen Finanzpolster von 1.841 Euro!

Kärnten rechnet bei seiner Vermögensaufstellung sogar die Landesstraßen dazu – die zähle ich höchstens zu den Kosten. Daran sehen Sie, wie wichtig meine langjährige Forderung ist, dass endlich alle Bundesländer ihre Budgets nach einem einheitlichen System rechnen und darstellen, ausgegliederte Einheiten nicht mehr unter den Tisch kehren und so Äpfel mit Birnen vergleichen. Deshalb habe ich bei der Finanzreferentenkonferenz eine Diskussion über die Weiterentwicklung des Haushaltswesens der Bundesländer angestoßen. Ziel ist eine vollständige und einheitliche Darstellung der finanziellen Lage, um eine möglichst hohe Transparenz und Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Eine Arbeitsgruppe unter der Vorsitzführung des Landes Niederösterreich wird entsprechende Lösungsvorschläge erarbeiten.

Hohes Haus! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wenn man die Verschuldung unseres Landes wirklich nach ökonomischen Kriterien beurteilen will – ich habe mir dazu den Rat von Prof. Dr. Gerhard Lehner vom WIFO geholt – dann muss man Finanzvermögen und Investitionen über einen größeren Zeitraum gegenüberstellen. Prof. Lehner hat daher den Zeitraum zwischen den Jahren 2001 und 2011 analysiert: 2001 betrug die Finanzschuld des Landes Niederösterreich 885 Millionen Euro, das Finanzvermögen 3,54 Milliarden – das ist ein positiver Saldo von 2,65 Milliarden, oder umgelegt auf die Köpfe ein Guthaben von 1.801 Euro pro Einwohner.

2011, bei einem Schuldenstand von 3,45 Milliarden Euro, steht das Finanzvermögen bei 6,6 Milliarden. Der positive Saldo macht damit 3,16 Milliarden Euro aus – pro Kopf sind das 1.956 Euro – da sind die Schulden schon weggerechnet, meine Damen und Herren. Das bedeutet, dass das Finanzvermögen pro Kopf in zehn Jahren um über 150 Euro mehr ausmacht! Damit waren unsere Schulden im Jahr 2011 zu rund 190 Prozent durch Finanz-Aktiva gedeckt, meine Damen und Herren! Darauf dürfen wir ruhig stolz sein! Denn in seiner Analyse betont der Wirtschaftsprofessor, dass sich unsere Schulden praktisch nur durch Investitionen aufgebaut haben.

Meine Damen und Herren,

kommen wir zum Thema Veranlagungen.

Es ist mir sehr wichtig Ihnen zum wiederholten Male die Zahlen auf den Tisch zu legen. Denn bei all den seltsamen Berichterstattungen, Anfragen und Klagen ist eine Tendenz spürbar: Es geht dabei nur ums Anpatzen und Kriminalisieren.

Die Fakten: In den letzten zehn Jahren brachte die Veranlagung der Wohnbau-Darlehen, verwaltet durch die FIBEG, die NÖ Vermögensverwaltung, nach Kosten einen Ertrag von 3,2% pro Jahr. Im vergangenen Geschäftsjahr – das geht immer von November bis Oktober – lag der Ertrag sogar bei 6%. Und im laufenden Geschäftsjahr stehen wir derzeit bei etwa 3,9% Ertrag. In Zahlen ausgedrückt: Mit Stand 30. April 2013 haben wir einen Wertzuwachs von 922 Mio. Euro erwirtschaftet! Das ist ein sehr ordentliches Ergebnis.

Das Land Niederösterreich hat sich von Anbeginn zum Spekulationsverbot bekannt, und daher auch in der letzten Landtagssitzung die 15a-Vereinbarung über ein risikoaverses Finanzmanagement beschlossen.

Das war leicht möglich, denn die Veranlagung erfolgt schon jetzt nach den vom Landtag vorgegebenen Veranlagungsrichtlinien, die sich an den

strengen Vorgaben der Pensionsversicherungen orientieren. Im Herbst werden das Spekulationsverbot und die neuen Veranlagungsrichtlinien dem Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt.

Auch der letzte Bericht des Bundes-Rechnungshofes stellt der FIBEG ein sehr gutes Zeugnis aus. Er bestätigt den Vermögenszuwachs und ebenso, dass die Vermögensverwaltung alle Empfehlungen umgesetzt hat.

Durch ein umfangreiches Instrumentarium zur Vermeidung und Streuung von Risiken hat das Management die Volatilität der Veranlagung verringert. Neben den langfristigen Veranlagungsstrategien und der taktischen Asset-Allocation ist das neue Risikovermeidungssystem zu einem wichtigen Instrument geworden, das sich in der Krise 2011 bereits bewährt hat.

Sehr geehrte Damen und Herren,

werte Abgeordnete!

Kurz noch zum Thema Maastricht-Ergebnis.

Es gibt einen Brief aus dem Finanzministerium, in dem uns die Frau Ministerin für unseren Beitrag zur Zielerreichung der Maastricht-Kriterien dankt. Ja, wir sind wesentliche Partner des Bundes, auch in der Finanzpolitik. Denn es ist nicht so, wie gerne von den Medien auf Bundesebene dargestellt, dass die Länder anschaffen und der Bund zahlt. Es sind die gemeinschaftlichen Bundesabgaben laut Finanz-Verfassungsgesetz von 1948 die wir sparsam und nachhaltig zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

Dabei hören wir so oft den Ruf nach Zentralisierung – ob in der Gesundheits-, Schul- oder der Finanzpolitik und in vielen anderen Bereichen. Das wäre der völlig falsche Weg, meine Damen und Herren Abgeordnete, wir würden das Schicksal Frankreichs erleiden – überverwaltet, total zentralistisch und am Weg bergab. Wer sind heute die erfolgreichen Länder? Es sind die föderal organisierten Länder!

Schauen Sie sich Dänemark an: Dort wurde das Land 2007 in fünf Länder gegliedert, mit Bevölkerungseinheiten von 800.000 bis 1,2 Millionen Menschen - überschaubar, gut zu managen, nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern. Der Bundesstaat sollte sich darauf beschränken, die Benchmarks vorzugeben und die strategische Ausrichtung festzulegen. Denn die Länder in Österreich tragen weit mehr an Verantwortung als es die Budgetverhältnisse zwischen Bund und Ländern darstellen.

Der Autor Robert Menasse hat bei einem Vortrag einmal gemeint: „Die konsequente Fortsetzung des europäischen Projekts, also des Friedens und Wohlstandsprojektes, kann nur in einer politischen Aufwertung der Regionen, in einer Stärkung der Länder bestehen und einem Zurückdrängen des Bundes, und nicht umgekehrt, wie blinde und phantasielose „Staatsreformer“ träumen“

Das operative Geschäft, meine Damen und Herren, das muss daher vermehrt auf der Ebene der Länder und der Gemeinden bleiben. Das hat auch das Hochwasser gezeigt: Nur vor Ort weiß man, was vor Ort nötig ist. In Wien wissen sie es nicht, können sie es auch gar nicht wissen wie es bis in den letzten Winkel unseres Landes ausschaut!

Die Frau Finanzministerin habe ich schon erwähnt. Sie wird sich freuen zu hören, dass wir das Maastricht-Ergebnis – dank unserer klaren Linie und harten Arbeit – 2014 in allen Fällen und nach allen Berechnungsmethoden erreichen werden. Und das, obwohl wir die Landeskliniken nicht so einrechnen dürfen wie der Bund zum Beispiel Bundesbahnen und ASFINAG einrechnet. Wir schaffen es aber trotzdem. Und tragen damit deutlich zum Erreichen des Stabilitätspaktes bei.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Werte Abgeordnete und Regierungsmitglieder!

Dieses Budget zu erstellen war für uns alle eine besondere Herausforderung, allein schon deshalb, weil wir nach den Landtagswahlen im März erst später mit den Verhandlungen beginnen konnten. Ich möchte meinen Regierungskolleginnen und Regierungskollegen dafür danken, dass sie den herausfordernden Zeitplan eingehalten und die nötige Disziplin aufgebracht haben, damit wir heute ein schlankes Budget haben, das uns Richtung Nulldefizit führt. Denn zu Beginn unserer Verhandlungen lagen die Forderungen noch um 500 Millionen über den endgültigen Zahlen, die Ihnen nun vorliegen.

Die Landtagswahlen am 03.03.2013 haben auch ein klares Ergebnis gebracht, ein Ergebnis, das kein Arbeitsübereinkommen erfordert hätte. Trotzdem haben wir die Kooperation gesucht. Denn wir sind überzeugt, dass eine neue Art der Zusammenarbeit nur ein Gewinn für unser Land sein kann: Je breiter die Basis an Ideen und Vorstellungen ist, je mehr Menschen sich wirklich für das Land engagieren – für das Land und nicht für ihre eigenen Interessen! – umso bessere Lösungen werden wir finden.

Es ist keine leichte Aufgabe, in unserer Zeit mit all den politischen Veränderungen, mit all den wirtschaftlichen Unsicherheiten den Spitzenplatz Niederösterreichs in Österreich und in Europa zu behaupten. Doch wir kämpfen darum und sind auf dem richtigen Weg.

Sehr geehrter Herr Präsident,

sehr geehrte Regierungskolleginnen und Kollegen,

werte Abgeordnete!

Wir alle, alle, die hier im Saal sitzen, haben in der Regierungserklärung von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll den Auftrag mitgenommen, Niederösterreich auf allen Ebenen voranzutreiben: Niederösterreich muss innovativer sein als andere Länder, Niederösterreich muss schneller sein als andere und Niederösterreich muss sozialer sein als andere. Das Budget gibt den Rahmen dafür, diese Vorgaben umzusetzen.

Experten bestätigen uns immer wieder auch die herausragende „handwerkliche“ Qualität unserer Budgetpolitik. Dies verdanken wir nicht zuletzt dem hochqualifizierten Team in unserer Finanzabteilung unter Leitung von HR Dr. Reinhard Meißl und Budgetdirektor Rudolf Stöckelmayer. Diese exzellenten Beamten waren heuer besonders gefordert, trotz Zeitdruck verlässlich und lösungsorientiert zu arbeiten um dieses hochkomplexe Zahlenwerk fristgerecht und verlässlich wie immer zu erstellen.

Hoher Landtag!

Was vor Ihnen liegt, und was wir heute und morgen hier im Hohen Haus diskutieren werden, ist ein wichtiges Wegstück für unser Land. Diesen Weg gehen wir im Wissen, eine enorme Verantwortung zu tragen. Eine Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger, und im Besonderen für die Zukunft jener, die ganz jung sind, die heute in den Klassenzimmern unserer Schulen sitzen oder in den Kindergärten spielen.

Antoine de Saint-Exupéry, Pilot und Autor des „Kleinen Prinzen“, hat gesagt: „Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.“ Dieses Budget ist unser Beitrag, eine erfolgreiche Zukunft zu ermöglichen.

Es ist, wie erwähnt, ein Budget, bei dem wir sehr gezielt einzelne Bereiche wie zum Beispiel die Wissenschaft und Forschung mit besonderen neuen Möglichkeiten ausstatten. Es ist ein Budget des Mutes. Ein Budget, das sparsam ist, und sehr sorgfältig wählt, wägt und gewichtet. Und trotzdem kraftvolle Investitionen vorantreibt.

Diskutieren Sie mit dem hohen Anspruch, der Zukunft unserer Kinder und unseres Landes gerecht zu werden – getragen von ehrlichem Bemühen, voll Respekt vor dem Anderen, voll Sehnsucht nach dem Ermöglichen von Zukunft und voll Liebe zur Heimat!